

## LOKALES

---

25.10.2014

Von Christian Gerards

# Planungsstopp: Widerstand formiert sich

**Schulterschluss in Bermatingen gegen die Entscheidung des Ministeriums zur Umfahrung**



Wollen sich nicht mit dem Planungsstopp für die Ortsumfahrung Bermatingen abfinden (von links): Andreas Kemmer (SPD), Franz Kutter (Freie Wähler), Carola Uhl (CDU) sowie Bermatingens Bürgermeister Martin Rupp. (Foto: Christian Gerards)

---

**Bermatingen / sz In Bermatingen will man sich mit dem Planungsstopp durch das Verkehrsministerium für die Umfahrungen Bermatingen und Neufrach nicht zufrieden geben. Dazu haben sich die Ortsverbände von CDU, SPD und Freie Wähler, aber auch Bürgermeister Martin Rupp zusammengetan und fordern in einer Resolution das Verkehrsministerium auf „seine nicht nachvollziehbare Entscheidung zu revidieren“.**

Mit „großer Enttäuschung und Verärgerung“ habe man in Bermatingen auf die schlechte Nachricht aus dem Verkehrsministerium, die Planungsarbeiten für die Ortsumfahrungen Bermatingen und Neufrach einzustellen, reagiert, heißt es in dem Papier. Die Begründung des Stopps sei „fadenscheinig“ und: „Das Verkehrsministerium betreibt Wortbruch.“

Denn bereits 2003 habe das Ministerium die Ortsumfahrung in das mit den entsprechenden Finanzmitteln ausgestattete Impulsprogramm des Landes aufgenommen. Damit habe die Ortsumfahrung zu den vier wichtigsten Maßnahmen in Baden-Württemberg gezählt. Auch die Bermatinger hatten sich in einem Bürgerentscheid mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit für die Umfahrung ausgesprochen. „Wer Basisdemokratie ernst nimmt, muss die Planungen umsetzen“, heißt es.

## **Dürftige Begründung**

Die Gründe, mit denen das Land den Stopp nun begründet, wollen die Unterzeichner nicht gelten lassen. Zum einen sei es „äußerst dürftig“, den Planungsstopp damit zu begründen, dass Ressourcen für die Bündelung der B31 benötigt würden. Denn die Kosten für diesen neuen Abschnitt der Bundesstraße übernehme das Bundesverkehrsministerium und die Planungen selbst könnten an ein Ingenieurbüro übertragen werden. Nichtsdestotrotz wollen die Parteien die Wichtigkeit der Maßnahme nicht schmälern. Der Ausbau sei für die Region „unbestritten sehr wichtig“. Dürfe aber nicht zulasten der zugesagten Maßnahmen in Bermatingen und Salem geschehen.

Darüber hinaus sei der Planungsstopp Steuerverschwendung. Denn bislang seien Kosten im siebenstelligen Bereich entstanden. Nicht in Zahlen ausdrücken lässt sich hingegen der zeitliche Aufwand, den nicht nur die Gemeindeverwaltung, sondern auch die Gemeinde- und Ortschaftsräte über die Jahre ehrenamtlich investiert haben, um sich mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Vernachlässigt werden dürfe auch nicht der historische Ortskern Bermatingens, der in seiner Gesamtheit denkmalgeschützt ist. Deutlich wird die Bedeutung der historischen Bausubstanz daran, dass Bermatingen eines von nur fünf Dörfern im Regierungsbezirk Tübingen ist, das eine Gesamtanlagensatzung habe. Auch dieser Ortskern sollte durch die Umfahrung geschont werden, wird nun aber weiterhin Abgasen und Erschütterungen ausgesetzt.

## **Planungsmittel freigeben**

Die Parteien signalisieren daher klar: Die Mehrheit der Bürger werde die Entscheidung nicht akzeptieren, denn sie wollen nicht länger der Lärm- und Schadstoffbelastung ausgesetzt sein. In der Resolution fordern die Politiker die Landesregierung daher auf, die erforderlichen Planungsmittel freizugeben und das Planfeststellungsverfahren für Bermatingen zügig zum Abschluss zu bringen.

Die LBU ist laut ihrer Sprecherin Andrée Störk zu dieser Resolution nicht gehört worden. Das ist auch nicht unbedingt verwunderlich, spricht sie sich doch mehrheitlich gegen die Umfahrung aus. Die LBU spricht sich dafür aus, im Ort etwas zu machen, also Flüsterasphalt aufzubringen und Tempo 30 auf der Ortsdurchfahrt einzuführen.